



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/198 - 30. August 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

Christentum als Wahlschlager ?	S. 1
Besuch aus Hiroshima	S. 3
Blücher und die Wiedervereinigung	S. 6
Zum Stillstand in London	S. 5

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24881 - 33

Fernschreiber 0886890

Der Katholik und die Sozialdemokratische Partei

Von Helene Wessel

Der gegenwärtige Bundestagswahlkampf mit seiner fehlenden Toleranz Andersdenkenden gegenüber hat das Mißbehagen des deutschen Wählers zu den Parteien noch verschärft. Insbesondere stößt der Mißbrauch des Christentums für parteipolitischen Stimmenfang den Wähler ab. Denn die Verquickung konfessioneller und politischer Fragen hat sich in Deutschland seit mehr als 400 Jahren besonders unheilvoll erwiesen. Das Christentum wurde dadurch verweltlicht, nicht aber die Welt christlich.

Trotzdem wird das Christentum jetzt wieder als Wahlschlager benutzt. Auch die Reden von Bundeskanzler Adenauer, dass es bei der Bundestagswahl darum gehe, ob Deutschland und Europa christlich bleiben oder kommunistisch werden, sowie die Erklärung von Bischof Dr. Keller: "Ein Katholik kann nicht sozialdemokratisch wählen," haben christlich denkende Menschen in Gewissensnöten gebracht, die aus wohlüberlegten politischen Gründen die CDU ablehnen.

Ich verneine als Katholikin nicht, dass die Worte eines Bischofs von den Katholiken ernst genommen werden. Aber auch für den Katholiken ist das Gewissen, mit Ausnahme kirchlicher Erklärungen in Glaubens- und Sittenfragen, die Richtlinie für sein Handeln in der Welt. Für diese Entscheidungen, die der Katholik nach sorgfältiger Gewissensprüfung fällt, kann ihn keiner die eigene Verantwortung abnehmen; auch nicht bei einer Wahl. Zu dieser Gewissensentscheidung bekennt sich auch eindeutig das Zentralkomitee der deutschen Katholiken in seinem Aufruf zur Bundestagswahl. Der Wähler soll, wie das Zentralkomitee der deutschen Katholiken sagt, "nach dem Spruch seines Gewissens" entscheiden und sich bei der Prüfung der Parteien "mehr an die Werke als an die Worte" halten. Diese Erklärung des Zentralkomitees wird von der SPD begrüßt, "denn es war immer auch ihr besonderes Anliegen, - so heißt

es in einem Aufruf der SPD an die katholischen Wählerinnen und Wähler, die Wahlentscheidungen auf die konkreten politischen Aufgaben zu gründen, vor die das deutsche Volk in den nächsten Jahren gestellt ist."

Der Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, hat am 16. Juni d. J. erneut die positive Einstellung der SPD zu den Kirchen und zur Religion dargelegt, indem er sagte: "Wir Sozialdemokraten wünschen keinen Konflikt mit den Kirchen, weder mit der katholischen noch mit der protestantischen. Wir haben durch unsere bisherige Haltung und durch unsere praktische Politik in den Ländern und Gemeinden bewiesen, dass wir bereit sind, der Kirche zu geben, was der Kirche ist, und dass wir die in der Verfassung verbürgten Grundrechte der ungehinderten und freien Ausübung des Glaubens achten und schützen. Das Christentum und seine kirchlichen Institutionen in der Bundesrepublik sind nicht in Gefahr. Jede andere denkbare Regierungskoalition ohne die CDU wird den christlichen Menschen in der Bundesrepublik jede Sicherheit geben, nach ihrem Glauben zu leben und zu wirken. Wir respektieren jede ehrliche religiöse und ethische Überzeugung, und wir freuen uns über jeden, der aus dieser Überzeugung seinen Entschluss herleitet, in der SPD und mit der SPD für eine gerechtere Ordnung in der Welt zu wirken. Wir haben viele gläubige Christen beider Konfessionen in unserer Partei als Mitglieder, Anhänger oder Wähler."

Wie berechtigt diese Ausführungen sind, ergibt die Religionsstatistik vom 13. September 1956. Nach dieser haben sich von der Bevölkerung in der Bundesrepublik 52,3 Prozent als Angehörige der evangelischen Kirche und der freikirchlichen evangelischen Gemeinden und 45,7 Prozent als Angehörige der römisch-katholischen Kirche bezeichnet. Damit gehören 96 Prozent der westdeutschen Bevölkerung - nach ihren eigenen Angaben - der evangelischen und katholischen Kirche an. Entsprechend dieser Religionsstatistik hat eine repräsentative Erhebung 1956 ergeben - die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete darüber am 23. Juni 1957 -, dass 92 Prozent der Wähler der SPD den beiden christlichen Kirchen angehören, bei der CDU sind es 98 Prozent. Dieser hohe Anteil christlicher Wähler - auch katholischer - in der SPD ist viel zu wenig bekannt.

Ebensowenig ist in der deutschen Bevölkerung bekannt, dass die SPD nicht mit Worten, sondern durch die Tat bewiesen hat, dass sie den Kirchen gibt, was diese zur Ausübung ihres von Christen gegebenen Auftrages bedürfen. In den von der SPD geführten Landesregierungen werden die Anliegen der Kirchen nicht weniger wahrgenommen und gefördert wie in den anderen Ländern der Bundesrepublik. In Nordrhein-Westfalen, Bayern und Hessen, die sozialdemokratische Ministerpräsidenten haben, sind die Staatszuschüsse an die Kirchen sogar noch erhöht worden. Diese Tatsachen und die Erklärungen Erich Ollenhauers zeigen, dass die SPD nicht die "antichristliche" Partei ist, zu der man sie aus parteipolitischen Gründen jetzt vor der Bundestagswahl wieder abstempeln möchte.

Die tatsächliche Einstellung der Sozialdemokratischen Partei zu den Kirchen und ihrer Anerkennung der freien und unbehinderten Ausübung des Glaubens, ermöglichen es auch dem katholischen Wähler und der katholischen Wählerin vor ihrem Gewissen, der SPD am 15. September die Stimme bei der Bundestagswahl zu geben. -

A- und H-Bomben - Herausforderung des Weltgewissens

Dr. Ichiro Moritaki, Professor für Ethik an der Universität Hiroshima, ist Präsident des Verbandes der Atomgeschädigten und als solcher Präsidialmitglied des Japanischen Rates gegen A- und H-Bomben in Japan. Er befindet sich zur Zeit in der Bundesrepublik, wo er mit Persönlichkeiten der Wissenschaft, Politik, der Kirchen und der Gewerkschaften Fühlung aufnimmt, um mit diesen die Sorgen des japanischen Volkes um die militärische Verwendung der Atomenergie zu erörtern. Gleichzeitig will sich Professor Moritaki in der Bundesrepublik über den Kampf gegen den militärischen Missbrauch der Atomenergie informieren. In England, woher Professor Moritaki jetzt kommt, hat man ihm untersagt, politische Kontakte aufzunehmen. Er konnte daher nur mit Vertretern der Kirchen und der Wissenschaft sprechen. In einem Interview mit der Redaktion des Sozialdemokratischen Pressedienstes unterrichtet Professor Moritaki die deutsche Öffentlichkeit über seine Ansichten und seine Aktivität.

Frage: Herr Professor, welche sind die Gründe für die Schaffung der Organisation, deren Vorsitzender Sie sind, gewesen?

Antwort: Seit dem Atombomben-Angriff auf Hiroshima gab es eine Volksbewegung gegen die atomaren Testexplosionen und die Anwendung atomarer Waffen. Diese Bewegung aber, die von Teilen der Bevölkerung getragen wurde, war nicht in einer Organisation zusammengefasst. Jedoch nach dem Beginn der Testexplosionen erkannten vor allem die Hausfrauen die Gefahren der radioaktiven Strahlung für die Lebensmittel, besonders für den Tunfisch, der die hauptsächliche Vitaminquelle der japanischen Bevölkerung darstellt. Aus diesem Grunde wandten sich die Frauen und Männer energisch gegen die Testexplosionen. Bis zum Zeitpunkt der Bikini-Explosion gehörten zu den wichtigsten Trägern der Bewegung, die eine Ächtung der Atomwaffen forderte, Mitglieder der Gewerkschaften und diejenigen Bevölkerungskreise, die über einen hohen politischen Bewusstseinsstand verfügten. Aber nachdem auf Bikini die Bomben explodierten, entwickelte sich die Bewegung im wahrsten Sinne des Wortes zu einer ganz Japan umfassenden Organisation. Auf der einen Seite haben wir Millionen von Hausfrauen, junge Menschen und Studenten, auf der anderen Seite haben sich ihr Wissenschaftler, Professoren, Christen, Buddhisten und Künstler angeschlossen. Das ergab für uns die Notwendigkeit, eine Zentrale zu schaffen, um die Koordinierung aller Anstrengungen auf die Ächtung der nuklearen Waffen hin zu erreichen. So entstand der All-Japanische Rat gegen die Atomwaffe.

Frage: Welche Organisationen sind dem Rat angeschlossen ?

Antwort: In jeder Provinz besteht ein Rat gegen die Atom- und Wasserstoff-Bomben. Es gibt mehr als vierzig Distrikte und jeder Rat gegen A- und H-Bomben ist dem Nationalrat angeschlossen. Zur gleichen Zeit existieren Zentren der Gewerkschaften, der Studenten, der Christen und Buddhisten und vieler anderer, die sich gegen die Atom- und Wasserstoffbomben wenden. Alle diese wiederum sind dem Japanischen Rat gegen die Atom- und Wasserstoffbomben angeschlossen. Man kann also mit Fug und Recht von einer grossen Massenbewegung gegen die Atom- und Wasserstoffbomben sprechen.

Frage: Spielt in Japan die Frage einer atomaren Ausrüstung der japanischen Armee in der Öffentlichkeit eine grosse Rolle ?

Antwort: Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, dass es nicht an ständigen Versuchen seitens der Westmächte gefehlt hat, atomare Sprengköpfe und Artillerie auf japanischem Gebiet zu stationieren. Jedoch die Abneigung des Volkes gegen die Stationierung atomarer Kanonen war so stark, dass die japanische Regierung auf den Abschluss eines Abkommens mit anderen Regierungen hinsichtlich der Einführung solcher Kanonen verzichten musste. Die Ausrüstung der japanischen Armee mit Atomwaffen wäre gegen den Geist unserer Verfassung gerichtet. Und die Bewegung in Japan kämpft weiter um die Erhaltung des Friedens und die Bewahrung unserer neuen Verfassung.

Frage: Können Sie uns etwas über die Auswirkungen der ersten Atomexplosion über Hiroshima sagen ? Und auch über die Auswirkungen der späteren Atombombenversuche im Fernen Osten ?

Antwort: Zur Zeit des Atombombenangriffs auf Hiroshima befand ich mich in dieser Stadt. Als eine Folge radioaktiver Strahlung verlor ich die Sehfähigkeit meines rechten Auges. Es ist schwer und fast unmöglich für jeden, der am eigenen Leibe das Elend von Hiroshima erfuhr, das schreckliche Unheil in Worte zu fassen. Vielleicht gibt das folgende Ihnen einen kleineren Einblick in das Elend von Hiroshima und Nagasaki:

In Hiroshima verfügen wir über ein besonderes Krankenhaus für atomare Krankheiten. Noch heute leiden 80 Patienten an Atomkrankheiten mit wahrscheinlich tödlichem Ausgang. In den ersten sieben Monaten dieses

Jahres bis zum Anfang August also starben 16 Patienten in Hiroshima und 2 in Nagasaki. Trotz der sorgfältigen Behandlung im Universitätskrankenhaus in Tokio starb Herr Kogama, eines der Bikini-Opfer. Andere Patienten und andere Opfer der Bikini-Explosionen sind an Funktionsstörungen und Blutzeretzungen erkrankt.

Frage: Nach unserer Auffassung ist das atomare Wettrüsten eine Herausforderung an das Weltgewissen. Wie denken Sie darüber?

Antwort: Ich halte das atomare Wettrüsten für eine natürliche Folge der Machtpolitik. Niemals zuvor in der Geschichte konnte man solche furchtbaren Massenzerstörungswaffen als ein Instrument nationalen Machtinteresses in Anwendung bringen. Eine Fortführung des Wettrüstens bedeutet das Ende der Menschheit. Unsere Politik und auch das atomare Wettrüsten sind die grösste, jemals unternommene Attacke gegen das menschliche Bewusstsein. Im Zeitalter des Atoms sollte jeder Mensch, wo auch immer er lebt, sich der Menschheit im gleichen Masse verpflichtet fühlen wie er es seiner eigenen Nation oder seiner Familie gegenüber ist. Das atomare Wettrüsten gehört zu den grössten Übeln, da es das Misstrauen und die Feindschaft zwischen den Völkern verstärkt. Ich glaube, dass dieses Wettrüsten die Menschheit in ihre eigene Vernichtung führt.

Frage: Herr Professor, welche effektiven Schritte halten Sie für notwendig, um den Völkern der Erde die Furcht zu nehmen, die ja die letzte Quelle für das Wettrüsten ist.

Antwort: Dieses Ziel ist nach meiner Meinung am besten zu erreichen, indem man die öffentliche Meinung gegen die Anwendung der Atomenergie zu kriegerischen Zwecken und gegen jegliche Art von Krieg und Wettrüsten stärkt. Man muss die Menschen angesichts der Gefahr der atomaren Waffen aufwecken und ihnen die wahren Gründe sagen. Das ist ein Weg. Meiner Meinung nach ist es richtig, diejenigen Leute zu unterstützen, die die Meinung des Volkes auch zu Gehör bringen können. In jedem Lande gibt es eine Partei, deren Ziel der Friede und das Ende der Machtpolitik ist. Ich hoffe und wünsche, dass diese Parteien in Zusammenarbeit mit dem Volk die Regierungsmacht übernehmen werden.

Frage: Ist Ihnen bekannt, dass die deutsche Sozialdemokratie gemeinsam mit allen guten Kräften in der Welt gegen das atomare Wettrüsten auftritt, sich für den Stopp der Atombomben- und Wasserstoffbombenversuche einsetzt, und ist Ihnen ferner be-

kennt, dass die deutsche Sozialdemokratie sich der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr und der Lagerung von Atomwaffen in Deutschland widersetzt?

Antwort: Seit meiner Ankunft in Deutschland habe ich immer wieder gehört, dass die sozialdemokratische Partei sich mit allen Kräften den nuklearen Testexplosionen, der Lagerung atomarer Waffen auf deutschem Gebiet und der Ausrüstung der bundesrepublikanischen Armee mit Atomwaffen widersetzt. Ich bin darüber sehr glücklich und sehr ermutigt. Ich werde diese guten Nachrichten nach Japan bringen. Ohne Zweifel, auch das japanische Volk wird darüber sehr ermutigt sein.

Mir wurde auch bekannt, dass im Bundestag die SPD sich für die friedliche Anwendung der Atomenergie eingesetzt hat. In Japan ist die Lage mit geringen Unterschieden ähnlich. In meinem Lande konzentrieren wir uns darauf, den friedlichen Charakter unserer Verfassung zu erhalten; in der Bundesrepublik Deutschland, so glaube ich, geht es hauptsächlich darum, die Regierung an der Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen zu hindern und den Missbrauch der Atomenergie zu verhüten. Ich bin in besonderem Maße erfreut, dass die SPD im Bundestag einen Zusatzartikel zum Grundgesetz eingebracht hat, der ausdrücklich die Anwendung atomarer Energie auf friedliche Zwecke einschränkt.

Zwischen Ihrer Partei und unserer Organisation besteht Einmütigkeit im Ziel.

* * *

Schlecht gespielte Ahnungslosigkeit

sp - Der stellvertretende Bundeskanzler Franz Blücher - früher FDP, jetzt DP/FVP - genoss lange Zeit den Ruf eines seriösen Politikers. Wenn nachstehende dpa-Meldung aus Lüneburg zutrifft, dürfte dieser Ruf am längsten gedauert haben. Die bedingungslose Gleichschaltung auf Adenauer hätte dann auch in diesem Fall zur Kapitulation von Anstand und Fairness geführt.

Laut dpa vom 25. August 1957 erklärte Blücher in einer Wahlversammlung in Lüneburg: "Die SPD habe es geflissentlich unterlassen, sich mit den Regierungsparteien über die Frage der Wiedervereinigung

zu besprechen. Sie habe Deutschland damit entsetzlich geschadet, weil es in der Frage der Aussenpolitik zu keiner einheitlichen deutschen Auffassung gekommen sei".

Herr Blücher weiss sehr genau, dass die von ihm aufgestellte Behauptung falsch ist. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat in allen Phasen ihrer Bemühungen um eine aktive Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung jeden ihrer Vorschläge mitgeteilt. In bestimmten Situationen, so u.a. auch vor der letzten Genfer Aussenministerkonferenz, hat die SPD, vertreten durch ihren Vorsitzenden Erich Ollenhauer, das vom sozialdemokratischen Parteivorstand einstimmig gebilligte Programm mit Vorschlägen für die Wiedervereinigung Deutschlands offiziell unterbreitet. In mehreren Aussprachen zwischen Ollenhauer und Adenauer hat der Oppositionsführer den Bundeskanzler mit den sozialdemokratischen Auffassungen bekanntgemacht. Andere Mitglieder der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion haben keine Gelegenheit versäumt, massgebende Mitglieder der Parteien der Regierungskoalition mit den sozialdemokratischen Vorschlägen für die Wiedervereinigung vertraut zu machen. In zahlreichen Bundestagsdebatten haben die Sprecher der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion vor aller Öffentlichkeit ihre Meinung kundgetan und ihre Vorschläge erläutert.

Die Bundesregierung, deren Mitglied auch Herr Blücher ist, hat immer erklärt, die sozialdemokratischen Vorschläge seien für sie nicht annehmbar. Es hat Situationen gegeben, in denen sich die Bundesregierung vorübergehend den Anschein gab, als ob sie bereit sei, die sozialdemokratischen Vorschläge zur Wiedervereinigung zu übernehmen. Das war z.B., als die Bundesregierung im September 1956 auch einmal in einer Note an die Regierung der Sowjetunion andeutete, sie würde unter Umständen auch in Verhandlungen über ein kollektives Sicherheitssystem für Europa treten... Damals übernahm die Bundesregierung - jedenfalls dem Wortlaut nach - eine sozialdemokratische Anregung, ohne allerdings auf weitere Einzelheiten einzugehen.

Herr Blücher müsste das alles wissen, denn schliesslich ist er ja stellvertretender Bundeskanzler. Oder sollte Herr Adenauer seinen Kabinettsmitgliedern nie gesagt haben, welche Vorschläge die Sozialdemokraten für eine aktive Wiedervereinigungspolitik zur Hand haben? Möglich wäre es. Schliesslich hat Bundeskanzler Dr. Adenauer 1950 den Alliierten auch mitgeteilt, er sei zur Aufrüstung der Bundesrepublik bereit, ohne überhaupt vorher seine Kabinettsmitglieder zu fragen, ob sie damit einverstanden wären. Der damalige Bundesinnenminister Dr. Dr. Heinemann ist bekanntlich nicht zuletzt aus diesem Grunde zurückgetreten.

Das letzte Wort?

ler- Das Weir des sowjetischen Chefdelegierten Zorin zu den westlichen Abrüstungsvorschlägen, dramatisch unterstrichen durch die Moskau-Ankündigung, die Sowjetunion sei in Besitz von interkontinentalen Raketen, beherrscht die Weltpolitik. Vier Monate lange Verhandlungen des in London tagenden Unterausschusses der UNO für Abrüstung scheinen vergeblich zu sein. Was immer auch jetzt noch in London gesagt wird - und es ist nicht einmal sicher, ob noch etwas gesagt wird - vermag wohl die wiedererstarteten Fronten nicht aufzuzwicken. Das Ziel dieser Londoner Gespräche, den Vereinten Nationen zu ihrer nächsten Vollversammlung ein Mindestmass von Übereinstimmung zwischen den Westmächten und der Sowjetunion in Fragen der Abrüstung vorzulegen, wurde nicht erreicht. Die Verhandlungspartner können nun vermelden: Auftrag nicht erfüllt. Über den Graben gegensätzlicher Auffassungen vermochten sie keine Brücken zu schlagen. In vielen Hauptstädten der Welt herrscht Pessimismus. Washington liess verkünden, es könne nun auch Raketen von grosser Reichweite produzieren, die Londoner Regierung liess wissen, sie werde die nuklearen Testversuche fortsetzen und auf britischem Boden Abschussbatterien für Raketengeschosse errichten.

Dies ist das äussere Bild. Rechtfertigt es die düsteren daran gemühten Ahnungen?

Der fast nicht mehr aufzuhaltende Abbruch der Londoner Gespräche stellt West und Ost vor eine neue Lage. Beide Lager sind genötigt, nun andere Wege zu begreifen, da die alten in die Sackgasse führten. Beide Lager stehen aber auch noch unter dem gleichen Zwang, der sie nach London führte: Der Zwang nämlich, das folgenschwere Abenteuer eines Wettrüstens im Atomzeitalter abubrechen. Das Wettrüsten bringt die moralischen, politischen und materiellen Kräfte der Völker zur Erschöpfung. Die Nachfolger Stalins versprachen mehr Brot und Butter und ein weniger opferreiches Leben. Sie können auf die Gefahr des eigenen Unterganges hin ihren Völkern nicht ungeheure Lasten zumuten. Und die Vereinigten Staaten? Das ermüdende Hin und Her um die Auslandshilfe hat doch seinen tiefsten Grund in dem Wunsch der amerikanischen Nation nach Steuererleichterung und Herabsetzung bedrückender Militärausgaben. Die amerikanischen Senatoren und Mitglieder des Repräsentantenhauses gefährden ihre Wiederwahl, würden sie sich dem Ohr des Volkes verschliessen. Auch wird die amerikanische Politik bei aller Verbundenheit mit ihren westlichen Partnern nicht immer bereit sein, deren nationale Egoismen und Eifersüchtigkeiten in Kauf zu nehmen, besonders dann nicht, wenn dadurch die eigene Sicherheit und Existenz gefährdet wird. Dem USA-Abrüstungsexperten kosteten die ständigen, oft an Sabotage erinnernden Einwände seiner westlichen Partner ebensoviel, wenn nicht mehr Nerven, als die Zähigkeit und Starrheit des Herrn Zorin.

Das mächtigste Motiv, das zur Wiederaufnahme der Abrüstungsgespräche in einem anderen Rahmen und auf anderer Ebene führen wird, ist die beiderseitige Gewissheit, im Atomzeitalter der ferngesteuerten Raketen in einem Boot zu sitzen. Jeder fügt sich heute das zu, was er dem anderen zufügen könnte. Keine Weltmacht kann jedoch Situationen entstehen und Entwicklungen passiv geschehen lassen, die sie in den Abgrund des Dritten Weltkrieges stürzen. Dies setzt den Schreibern und Kraftmeiern beider Lager ihre Grenzen. Vor diesem Hintergrund geschehen, so düster er auch sein mag, ist Zorins Fein in London gewiss nicht das letzte Wort der Sowjetunion.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel